

ÖVP plant umstrittene Messenger-Überwachung: Was kommt jetzt auf uns zu?

Der österreichische Innenminister plant ab 2027 eine zeitlich begrenzte Messenger-Überwachung zur Bekämpfung von Terrorismus und Spionage.



Österreich - In Österreich plant die Bundesregierung die Einführung einer umfassenden Überwachung von Messenger-Diensten. Innenminister Gerhard Karner von der ÖVP wirbt seit einiger Zeit für dieses Vorhaben, konnte es jedoch bislang nicht umsetzen. Am 9. April 2025 wurde ein Begutachtungsentwurf zur Messenger-Überwachung zur Diskussion gestellt. Dieser liegt nun für einen Zeitraum von acht Wochen zur Begutachtung vor und könnte weitreichende Folgen für die Kommunikation der Bürger haben. Die Novelle des Staatsschutz- und Nachrichtendienste-Gesetzes, die ab dem Jahr 2027 in Kraft treten soll, eröffnet die Möglichkeit, verschlüsselte Messenger-

Dienste wie WhatsApp, Signal und Skype einzusehen.

Die Überwachung wird nur unter strengen Bedingungen erlaubt. Sie darf maximal drei Monate dauern und muss richterlich genehmigt werden. Innerhalb dieser Zeit kann die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienste (DSN) einen Antrag auf Überwachung stellen, der anschließend vom Rechtsschutzbeauftragten überprüft wird. Die Überwachung soll den Behörden helfen, drohende verfassungsgefährdende Angriffe oder Spionage zu verhindern. Ein klar definierter Nachweis ist erforderlich, dass andere Maßnahmen als „aussichtslos“ gelten. Diejenigen, die überwacht werden, müssen nach Ablauf informiert werden. Verzögerungen sind jedoch möglich, um laufende Ermittlungen nicht zu gefährden. Laut der Schätzung der DSN ist die Überwachung lediglich 20 bis 30 Mal pro Jahr angedacht, doch die Opposition äußert Bedenken hinsichtlich möglichen Missbrauchs.

Technologie und Sicherheitsbedenken

Die genaue Art der eingesetzten Software ist bislang unbelegt; es wird jedoch über die Möglichkeit nachgedacht, einen sogenannten „Staatstrojaner“ zu nutzen. Dieser könnte auf den Handys der Zielpersonen installiert werden, um private Nachrichten auszulesen. IT-Security-Experten weisen darauf hin, dass solcherlei Maßnahmen erhebliche Sicherheitsrisiken mit sich bringen könnten und die Privatsphäre der Bürger gefährden.

Die Opposition, insbesondere die NEOS und die Grünen, zeigt sich skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Während SPÖ-Staatssekretär Jörg Leichtfried auf die verfassungsrechtliche Stabilität verweist und die Notwendigkeit der Einschränkung betont, bestehen die NEOS auf Verbesserungen im Entwurf. Die Grünen haben angekündigt, den Vorschlag auf verfassungsrechtliche Anforderungen zu prüfen, da sie Bedenken haben, dass es zu einer Massenüberwachung kommen könnte.

Kontext und EU-Initiativen

Das österreichische Vorgehen steht nicht isoliert da. Auf europäischer Ebene unterstützen die Innenminister:innen der EU die Einführung von Chatkontrollen, die immer wieder wegen möglicher Gefahren für Privatsphäre, IT-Sicherheit und Demokratie in der Kritik stehen. Der Gesetzentwurf könnte – ähnlich wie in Österreich – weitreichende Verpflichtungen für Internetanbieter beinhalten, um etwa Kindesmissbrauch online zu bekämpfen. Kritiker warnen, dass Techniken wie Client-Side-Scanning (CSS) trotz Ende-zu-Ende-Verschlüsselung neue Sicherheitslücken schaffen und die Privatsphäre der Nutzer erheblich gefährden könnten.

Die Diskussion über die Messenger-Überwachung in Österreich und Europa macht deutlich, wie komplex und sensibel das Thema der digitalen Privatsphäre ist. Während Befürworter auf die Notwendigkeit zur Bekämpfung von Verbrechen hinweisen, sind Kritiker alarmiert, dass solche Maßnahmen die Rechte und Freiheiten der Bürger erheblich einschränken könnten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die anhaltenden Diskussionen über die Messenger-Überwachung in Österreich und die damit verbundenen gesetzlichen Änderungen eine entscheidende Rolle in der künftigen digitalen Landschaft spielen werden. Die Umsetzung dieser Überwachungsmaßnahmen könnte nicht nur die Kommunikation der Bürger betreffen, sondern auch weitreichende Implikationen auf die Wahrung der Privatsphäre und der individuellen Freiheiten haben. Dies unterstricht die Notwendigkeit einer umfassenden und transparenten Debatte über einen sensiblen Umgang mit digitalen Daten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich

Details	
Quellen	• www.krone.at • futurezone.at • netzpolitik.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at